## Stadt Cottbus / město Chosebuz Der Oberbürgermeister



Vorlag	Vorlagen-Nr.							
StVV	OB-001/17							
HA								

Geschäftsbereich: OB Fachbereich: BOB					Termin der Tagung: 25.01.2017					
Vorlage zur Entscheidung										
	durch den Hauptaussch	านรร					öffent	lich		
□ durch die Stadtverordnetenversammlung					nichtöffentlich					
Be	ratungsfolge:		Datum						Datum	
$\boxtimes$	Dienstberatung Rathausspitze		13.12.2016		Umwelt					
	Haushalt und Finanzen			$\boxtimes$	- Hauptausschuss				18.01.2017	
$\boxtimes$	Recht, Sicherheit, Ordnung u. Pe	etitionen	12.01.2017		·			ımlung	25.01.2017	
	Soziales, Gleichstellung u. Rech Minderheiten				Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf					
	Bildung, Schule, Sport u. Kultur				☐ Information an AG Ortsteile					
$\boxtimes$	Wirtschaft, Bau und Verkehr		11.01.2017		☐ JHA					
	e Stadtverordnetenversamn ree Neiße Bober.	nlung Cottbu	s beschlie	:ßt d	ie Betra	auung	des e.	V. Euro	oregion	
Holger Kelch										
Beratungsergebnis des HA/der StVV:			Ве	eschlus	ss-Nr.	:				
	einstimmig r	mit Stimmen	mehrheit		agung a		Qtimm:	TOP	•	
	lout Poochlycoverachics				Anzahl der <b>Ja</b> -Stimmen: Anzahl der <b>Nein</b> -Stimmen:					
H	laut Beschlussvorschlag									
☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)				Anzahl der <b>Stimmenthaltungen</b> :						

Vorlagen-Nr.: OB-001/17

## Problembeschreibung/Begründung:

Das EU-Beihilferecht wurde zum Januar 2012 umfassend geändert, zum April 2014 folgte entsprechend das EU - Vergaberecht. Hier vorliegend sind zu beachten:

- Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Abs. 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind (2012/21/EU)
- Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (2012/C 8/02) vom 11. Januar 2012
- Mitteilung der Kommissionüber den Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2012/C 8/03 vom 11. Januar 2012
- Richtlinie 2006/111/EG der Kommission vom 16. November 2006 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen
- vom 24.Juli 2003 "Altmark-Trans" -
- Eckpunkte zur Reform des Vergaberechts Beschluss des Bundeskabinetts vom 7. Januar 2015

Betroffen von diesen Reformen sind auch sämtliche Organisationen auf kommunaler, regionaler oder Landesebene, die Zuwendungen aus öffentlichen Kassen erhalten.

Nach der Definition des EU-Beihilferechts liegt eine Beihilfe immer dann vor, wenn aus staatlichen Mitteln ein wirtschaftlicher Vorteil an ein bestimmtes Unternehmen fließt und dies

eine Wirkung auf den Wettbewerb hat. Auch Vereine werden unter der Begriffsbestimmung "Unternehmen" im Sinne des EU-Rechtes subsumiert.

Im Ergebnis der Prüfung durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Manfred Bruckhoff, fallen die gezahlten und zu zahlenden Mitgliedsbeiträge der Stadt Cottbus an den e. V. Euroregion Spree Neiße Bober in die Kategorie der betrauungsaktpflichtigen Beihilfen und unterliegen dem EU-Beihilferecht nach § 107 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Um eine rechtskonforme Gewährung der Mitgliedsbeiträge an den Verein zu gewährleisten, bedarf es eines öffentlichen Betrauungsaktes nach § 106 AEUV.

Der als Anlage beigefügte Betrauungsakt wurde durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Manfred Bruckhoff erarbeitet und zwischen der Stadt Cottbus und dem Landkreis SPN abgestimmt. Der Betrauungsakt erfüllt die Anforderungen des Europäischen Beihilfenrechts und stellt für die Zukunft sicher, dass kommunale Ausgleichsleistungen (Begünstigungen) an den e.V. Euroregion Spree Neiße Bober mit dem EU-Beihilfenrecht konform sind. Er soll zum 25.01.2017 in Kraft treten und wurde entsprechend der EU-Kommission für die Dauer von 10 Jahren befristet. Eine finanzielle Mehrbelastung bzw. eine Zuschusserhöhung ist mit dem Betrauungsakt nicht verbunden. Der Betrauungsakt führt zu keinen Veränderungen der Beschlussfassung VIII-016/92 vom 30.09.1992 über den Beitritt der Stadt Cottbus zum e.V.

Euroregion Spree Neiße Bober. Gemäß Beitragsordnung des e.V. zahlt die Stadt Cottbus pro Jahr 70.768,08 € Mitgliedsbeitrag auf Basis Einwohner vom 30.09.2005.

Finanzielle Auswirkungen:	Ja	Nein
1. Gesamtkosten:		
2. Sicherstellung der Finanzierung:		
3. Folgekosten:		
o. r olgekosteri.		